

„TENDENZWENDE“ UND BILDUNGSPOLITIK
Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) in den 1970er Jahren

Nicolai Wehrs

Bildungspolitik als Seismograph der „Tendenzwende“

Der Begriff „Tendenzwende“ ist konservativer Provenienz. „Brandt bläst der Wind ins Gesicht“, behauptete im November 1973 in der „Zeit“ Elisabeth Noelle-Neumann, gestützt auf Umfragedaten ihres Allensbacher Instituts für Demoskopie, welche der regierenden SPD nur ein Jahr nach der triumphal gewonnenen Bundestagswahl von 1972 einen dramatischen Sympathieverlust bei den Wählern bescheinigten. Es vollziehe sich eine „erstaunliche Tendenzwende“. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, selbsternannter Proklamator eines „aufgeklärten Konservatismus“, betitelte bald darauf einen Sammelband „Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende“. Seinen medialen Durchbruch erlebte der Begriff jedoch im Dezember 1974 mit einer „Tendenzwende?“ betitelten Tagung an der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München, die von einem Kreis um den baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn (CDU) vorbereitet worden war. Die Reden, in denen dort unter anderem Hermann Lübke, Golo Mann und Robert Spaemann gegen die utopischen Übersteigerungen eines vermeintlich „links“ dominierten Zeitgeistes eine „pragmatische“ Wende einforderten, sorgten für Aufregung in den Feuilletons der überregionalen westdeutschen Zeitungen. Fortan waren es dann vor allem Intellektuelle der „Neuen Linken“ wie Martin Greiffenhagen oder Jürgen Habermas, die dem Begriff zu noch mehr Prominenz verhelfen, indem sie eindringlich vor den reaktionären „Tendenzwendlern“ warnten – und Chlodwig Poth, ein Cartoonist der „Neuen Frankfurter Schule“, zeichnete bärtige „Alt-68er“, die bei Bier und Zigaretten die Rückläufigkeit ihrer Zeit beklagten: „Ich sage nur ein Wort: Tendenzwende.“ Für einige Jahre war der Begriff in aller Munde und löste sich punktuell auch von seinem politischen Kontext. Das verarbeitende Gewerbe konnte 1982 nach schlechtem Vorjahresergebnis die „ersehnte Tendenzwende“ melden, und ein aufmerksamer Sportwissenschaftler registrierte gar eine „Tendenzwende im Hallenhandball-Abwehrverhalten“.¹

1 Dieser Aufsatz basiert auf Forschungen zu meinem Promotionsvorhaben am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Vgl. zur „Tendenzwende“ zeitgenössisch v.a. Martin Greiffenhagen, *Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik*, Hamburg 1975; Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.), *Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende*, München 1974; Clemens Graf Podewils (Hg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975; Wilhelm Hahn, *Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers*, Stuttgart 1981, bes. S. 221-263; aus der neueren Forschungsliteratur bes. Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 449-478.

In den letzten Jahren hat sich die zeithistorische Forschung punktuell den Begriff „Tendenzwende“ angeeignet, um einen politisch-kulturellen Wandlungsprozess zu beschreiben, der – nicht weniger markant als die ökonomischen Umbrüche rund um die Ölpreiskrise von 1973 – die frühen siebziger Jahre zu einer Zäsur in der Geschichte der alten Bundesrepublik macht: Jenen Umschlag des Reform- und Fortschrittsoptimismus der sechziger Jahre hin zu Reformskepsis und Zukunftsangst, der zeitgenössisch zumindest partiell auch als Renaissance für konservative Kräfte, Themen und Auffassungen wahrgenommen wurde. Wie aber kann ein historischer Begriff wissenschaftlich nutzbar gemacht werden, der seinerzeit einerseits den Gegenstand stark polarisierter politisch-ideologischer Auseinandersetzungen bildete und andererseits zunächst doch kaum mehr bezeichnete als die, naturgemäß diffuse, Wahrnehmung einer Art Stimmungsumschwung? Die Ausgangsannahme des hier vorzustellenden Promotionsvorhabens ist, dass sich der Umschlag von Reformoptimismus zu Reformskepsis auf keinem Feld so präzise nachvollziehen lässt wie auf dem Feld der bildungspolitischen Debatten, Bildungspolitik also mithin als Seismograph für die „Tendenzwende“ dienen kann. Die Bildungspolitik der sechziger Jahre gilt zu recht als paradigmatisch für den breiten Reformkonsens jener Zeit. Spätestens seit Georg Pichts Bestseller „Die deutsche Bildungskatastrophe“ von 1964 wussten in der Bundesrepublik auch Nichtexperten um die Notwendigkeit umfassender Bildungsreformen. Das Jahrzehnt der Planungseuphorie fand bildungspolitisch seinen Niederschlag etwa in der Gründung des Bildungsrates und der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung“. Der massive Ausbau der Bildungskapazitäten (ablesbar vor allem an zahlreichen Universitätsneugründungen) folgte dabei nicht nur volkswirtschaftlichen Überlegungen („Ausschöpfung der Begabungsreserven“). Ralf Dahrendorf und andere verbanden das Thema unter dem Stichwort „Bildung als Bürgerrecht“ auch mit dem zeitgenössischen Demokratisierungsparadigma. All dies geschah zunächst noch fast ohne Widerspruch.

In den siebziger Jahren dagegen wurde Bildungspolitik zum vielleicht am stärksten umstrittenen und sicherlich am stärksten ideologisierten Feld der westdeutschen Innenpolitik. Konflikte um studentische Mitbestimmungsrechte und das oft destruktive, teils auch gewalttätige Auftreten linksextremer Gruppen lähmten über Jahre viele Hochschulen. In der Schulpolitik riss der Streit um Gesamtschulen und antiautoritäre Pädagogik tiefe Gräben zwischen den politischen Lagern auf. In der Öffentlichkeit begann dabei bereits zu Beginn der siebziger Jahre eine reformskeptische bis reformfeindliche Haltung zu dominieren. Die von vielen als „Schock“ erfahrene Studentenrevolte der Jahre um 1968 gab so – obwohl selbst ganz und gar aus der Reformeuphorie der sechziger Jahre erwachsen – mittelfristig, sozusagen in einem dialektischen Umschlag, konservativen Positionen in der Bildungspolitik wieder Auftrieb. Für die CDU/CSU wurde Bildungspolitik zu einem zugkräftigen Wahlkampfthema. Die weit reichenden Reformziele „progressiver“ Bildungsplaner ließen sich in dieser öffentlichen Atmosphäre nicht mehr verwirklichen. Schon erreichte Reformen mussten zum Teil wieder revidiert werden. Stärker noch als die viel beschworenen fiskalischen Zwänge haben

so letztlich Wandlungsprozesse auf der Ebene der politischen Mentalität eine „Tendenzwende“ in der Bildungspolitik bewirkt.

Die „45er“-Professoren und die „68er“-Bewegung

Ursachen, Abläufe und Ergebnisse dieser bildungspolitischen „Tendenzwende“ sollen im Folgenden am Beispiel jener Hochschullehrer untersucht werden, welche sich unter dem Eindruck der Studentenrevolte von Befürwortern zu dezidierten Gegnern der damaligen Hochschulreformpolitik wandelten. Wie in allen gesellschaftlichen Teilbereichen vollzog sich seit den frühen sechziger Jahren auch im Bildungs- und Hochschulwesen ein Generationswechsel, in dessen Verlauf die um die Jahrhundertwende geborene Alterskohorte von den in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren Geborenen abgelöst wurde. Die jungen Professoren dieser Generation – in der Forschung aufgrund des generationell prägenden Erlebnisses des deutschen Zusammenbruchs 1945 als „45er“-Generation bezeichnet – verband mit dem konservativen Mandarinentum ihrer akademischen Lehrer ebenso wenig wie mit der bald aufbrechenden linksrevolutionären Romantik ihrer „68er“-Studenten. Von der frühen politischen Indoktrination in den Jugendverbänden des NS-Staates durch ihre traumatischen Erfahrungen in der Endphase des Krieges zumeist schockartig geheilt, hatten sie als Studenten in der Nachkriegszeit die Demokratie praktisch unter westallierter Anleitung erlernt und zum Teil bereits auch Studienaufenthalte im westlichen Ausland absolviert. Politisch-kulturelle Westorientierung verband sich so bei ihnen mit einer antitotalitären Grundhaltung (der spätestens seit dem 17. Juni 1953 eine starke Prise Antikommunismus beigemischt war) und einem prinzipiellen Misstrauen gegen jede Art von Ideologie. Politisch engagierten sich in den sechziger Jahren viele dieser jungen Professoren (so etwa Wilhelm Hennis, Hermann Lübke und Thomas Nipperdey) in der SPD. Fast alle aber verstanden sie sich (durchaus selbstbewusst) als junge Reformavantgarde gegen die verknöcherten Traditionen der alten deutschen Ordinarienuniversität.²

Gerade auch in Bezug auf die beginnende Studentenrevolte erschienen diesen „45er“-Professoren *zunächst* Bildungsreformen als der geeignete Weg, die Reformfähigkeit der Bundesrepublik insgesamt zu beweisen und so die Masse der protestierenden Studenten wieder in das bestehende System zu integrieren. Die sozialdemokratischen Professoren Alexander Schwan und Kurt Sontheimer setzten 1968 am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin (FU) eine Reformsatzung durch, die erstmals in Deutschland die SDS-Forderung nach drittelparitätischer Mitbestimmung der Studenten in den universitären Selbstverwaltungsgremien erfüllte.³ Ab Mitte 1968 aber, nach dem Scheitern der „außerparlamentarischen Opposition“ gegen die Notstandsgesetze, begann die

2 Zur „45er“-Generation siehe v.a. Dirk A. Moses, *German Intellectuals and the Nazi Past*, New York 2007.

3 Vgl. Alexander Schwan/Kurt Sontheimer (Hg.), *Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten*, Köln/Opladen 1969.

Studentenbewegung wieder an die Universitäten zurückzuschwappen, wobei sie in unzählige Kleingruppen zerbrach, die sich zugleich immer schneller radikalisierten. Die reformorientierten „45er“-Professoren sahen sich plötzlich in ihren Hörsälen und Instituten mit einer Welle von Unterrichtsstörungen, Vorlesungssprengungen, Hausbesetzungen und teils auch direkter Gewalt konfrontiert. Die Reaktionen hierauf waren zunächst individuell sehr unterschiedlich. Während in West-Berlin Kurt Sontheimer den Störern entgegnete, ihm sei das egal und er gehe dann halt Tennis spielen, ließ in Freiburg Wilhelm Hennis seinem zornigen Naturell freien Lauf – und wurde so erst recht Opfer nächtlichen Telefonterrors und geistloser Wandgraffiti („Haut dem Hennis auf den Penis“).⁴ Nicht weiter verwunderlich empfanden immer mehr Professoren die Aktionen der „linken“ Studentengruppen als eine massive persönliche Bedrohung.

Entscheidend aber war, dass dieses persönliche Bedrohungsgefühl in eine gesellschaftspolitische Analyse, welche durch die „linksextremistischen“ Studenten nicht nur den Universitätsbetrieb, sondern darüber hinaus auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung als solche bedroht sah. Verkündeten nicht „Rote Zellen“ und K-Gruppen allerorten, dass die Überwindung der „spätkapitalistischen“ Ordnung der „BRD“ durch die „Aushebelung“ der Universitäten als „schwächstes Glied der Gesellschaft“ eingeleitet werden sollte? Und ebnete die Ausweitung der studentischen Mitbestimmung in den Hochschulreformgesetzen keineswegs nur der sozialdemokratisch regierten Länder dem „langen Marsch durch die Institutionen“ nicht geradezu den Weg? An der Frage, wie ernst die radikalen Momente der Studentenbewegung zu nehmen seien, sollte sich die „45er“-Generation an den Universitäten spalten: Intellektuelle der „Neuen Linken“ wie Jürgen Habermas betrachteten weiterhin die Bewegung als Ganzes mit kritischer Sympathie. Viele andere dagegen kaprizierten sich auf ihre extremsten Vertreter und fanden und verbanden sich dagegen im Kampf für die „Freiheit der Wissenschaft“.

„Der abgedunkelte Informationsraum Hochschule muss dem Blick der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden“

Die über 1700 Herren (Damen fielen statistisch kaum ins Gewicht), die sich am 18. November 1970 in der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg zur Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) versammelten, trieb vor allem die Sorge um, dass der Skandal, dem sich die Wissenschaftler an den Hochschulen täglich ausgesetzt sahen, in der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt zu bleiben schien.⁵ Schon 1968 hatte der Soziologe Friedrich Tenbruck ähnlich gesinnte

4 Vgl. jetzt Stephan Schlak, Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008.

5 Zur Geschichte des BFW existiert Literatur bisher fast ausschließlich aus der Perspektive des Verbandes selbst. Siehe v.a. Bund Freiheit der Wissenschaft (Hg.), Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Berlin 2001; Walter Rüegg, 20 Jahre Bund Freiheit der Wissenschaft, in: Freiheit der Wissenschaft Nr. 4 (Dez.) 1990, S. 8-14; Johannes T. Theißen, Die

Professorenkollegen zu einem „Frankfurter Kreis“ versammelt und bald darauf mit dem Münchener Politikwissenschaftler Hans Maier die „Wissenschaftliche Gesellschaft“ gegründet – wiederum als akademischen Zirkel. In West-Berlin hatten Professoren Ende 1969 die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ (NOFU) ins Leben gerufen, nachdem das drittelparitätisch zusammengesetzte Konzil der FU mit Rolf Kreibich einen „linken“ Assistenten zum Universitätspräsidenten gewählt hatte. In der Politik jedoch, so der weit verbreitete Eindruck, schien man immer noch froh zu sein, dass die Studenten nun statt auf der Straße wieder in den Hörsälen der Universitäten revoltierten. West-Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) wurde mit den Worten zitiert, in Dahlem störe ihn der Brandgeruch weniger als auf dem Kudamm. Die Gründung des BFW war daher ganz auf mediale Aufmerksamkeit hin inszeniert. „Der abgedunkelte Informationsraum Hochschule muß dem Blick der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden; Terror und Freiheitsbeschränkung durch radikale Gruppen dürfen nicht länger verschleiert und verharmlost werden“, hatte Hans Maier vorab als Ziel ausgegeben. Und Hermann Lübke, der gerade erst demonstrativ als nordrhein-westfälischer Wissenschaftsstaatssekretär zurückgetreten war, folgte: „Nur was spektakulär auf den Markt dringt, weckt in den politischen Spitzengremien Aufmerksamkeit und Kräfte.“ Marktschreierische Reden waren daher ebenso Teil der Strategie wie die Einbindung von Politikern, Journalisten und nicht zuletzt Unternehmern in den von Wissenschaftlern initiierten Bund. Geradezu ostentativ wurde auch auf parteipolitische Ausgewogenheit geachtet. Repräsentierte Hans Maier (bald darauf zum CSU-Kultusminister in Bayern berufen) die Konservativen im BFW-Vorstand, so bildeten Richard Löwenthal (Theoretiker des demokratischen Sozialismus und Berater von Bundeskanzler Willy Brandt) und Hermann Lübke den linken Flügel. Walter Rüegg, der dritte Vorsitzende, galt als FDP-nah.

Doch dieses Bemühen um parteipolitische Heterogenität war vergeblich angesichts der politischen Polarisierung der Bundesrepublik und nicht zuletzt ihrer Medienlandschaft um 1970. Während der ZDF-Intendant Karl Holzamer dem Initiativausschuss des BFW angehörte, erblickten der „Spiegel“ und andere linksliberale Medien in dem Bund sogleich ein „Rechtskartell“ zur Verteidigung alter Ordinarienherrlichkeit. Noch wesentlich weiter gingen freilich einige dezidiert „linke“ Professoren, welche im BFW die „Harzburger Front“ wiederaufleben sahen (Wolfgang Abendroth) oder gar eine „akademische NPD“ witterten (Wolfgang Lepenies). In der SPD meldeten sich darauf sogleich Stimmen, welche forderten, die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften von SPD und BFW festzustellen – analog zum Abgrenzungsbeschluss gegenüber Kommunisten, den just in jenen Tagen der BFW-Mitbegründer Richard Löwenthal für den SPD-Parteivorstand formuliert hatte. In der CDU-Zentrale wurden unterdessen bereits

Rolle der Interessenverbände im Hochschulbereich unter besonderer Berücksichtigung von „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und „Bund demokratischer Wissenschaftler“, Bonn 1984.

Pläne geschmiedet, wie man den sicher nur kurzlebigen Bund schon bald in die Unionsparteien überführen könnte.

Solche Überlegungen jedoch machte ein überraschend erfolgreicher Start des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ zunichte. Schon zum Jahresende 1970 konnte der Verband über 2500 Beitritte verbuchen und steigerte diese Zahl bis 1975 noch auf ca. 5200 Mitglieder. Zwar waren davon auch nach BFW-Angaben nur 35 Prozent Professoren – das heißt aber auch, dass der BFW in seiner besten Zeit rund 1800 Professoren und damit einen nicht unbeträchtlichen Teil der Berufsgruppe versammelte. Aufgrund dieser Entwicklung konnte der BFW an fast allen Hochschulstandorten Sektionen aufbauen und gestützt auf diese breite lokale Verankerung (zudem zumindest in den Anfangsjahren offenbar ausreichend mit Spendengeldern ausgestattet) eine aufwendige Öffentlichkeitsarbeit entfalten. Seine Zeitschrift „Hochschulpolitische Informationen“ (später die „Freiheit der Wissenschaft“) wurde in einer Auflage von 13.000 Exemplaren kostenlos (!) potentiellen Multiplikatoren in Politik, Wirtschaft und Journalismus zugesandt. In einer Rubrik „Krawall-Kalender“ wurden darin fein säuberlich sämtliche Störungsversuche extremistischer Studentengruppen dokumentiert. Hinzu kamen Veröffentlichungen und Pressemeldungen der lokalen Sektionen. In West-Berlin, wo es mehr zu melden gab als irgendwo sonst, brachte es die NOFU als West-Berliner Sektion des BFW bis 1985 auf über 600 Veröffentlichungen, darunter als „Dauerbrenner“ die Dokumentationsreihe „Freie Universität unter Hammer und Sichel“.⁶ An manchen Tagen gaben die rührigen NOFU-Aktivistinnen Pressemeldungen im Studentakt heraus. Schnellstmögliche Reaktion auf jede studentische Aktion hieß die Devise. Der Volkswirtschaftler Folkmar Koenigs von der Technischen Universität Berlin hatte im Juli 1973 die gelbe Farbe, mit der ihn Mitglieder des Kommunistischen Studentenverbandes übergossen hatten, noch in den Haaren, als er bereits auf dem Kurfürstendamm stand und Flugblätter verteilte.

Zu fragen ist freilich, ob der BFW mit seinen plakativen Kampagnen die von ihm beklagte Polarisierung des akademischen Milieus letztlich nicht eher noch verstärkte. Nicht überraschend waren die angefeindeten BFW-Professoren zunehmend selbst die Opfer jener Attacken, über die sie anschließend berichteten. „Gemäßigte“ Hochschullehrer gewannen zuweilen den Eindruck, dass der BFW bewusst Übergriffe provozierte, um so die Berechtigung seiner Warnungen zu unterstreichen. Der BFW wiederum wollte von einer „Beruhigung“ der Situation an den Universitäten, wie sie spätestens ab Mitte der siebziger Jahre allgemein konstatiert wurde, nichts wissen. Er sah darin viel mehr eine bloße „Gewöhnung“ an einen weiterhin allgegenwärtigen „Gesinnungsterror“ – und also letztlich nur einen Hinweis, wie weit die kommunistische Infiltration schon vorgeedrungen sei. Zum Beleg verwies er auf die Vielzahl von „Volksfront-Bündnissen“ des Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus mit Juso-Hochschulgruppen in westdeutschen Studierendenausschüssen, die der DKP

6 Vgl. Hans Joachim Geisler u.a. (Hg.), 15 Jahre Notgemeinschaft 1970 bis 1985, Berlin 1986.

auch eine stille Unterwanderung der Universitäten ohne auffällige öffentliche Aktionen ermöglichten. Folgerichtig unterstützte der BFW massiv den äußerst umstrittenen „Radikalenerlass“ der westdeutschen Innenministerkonferenz, mit dem in den siebziger Jahren vor allem vermeintliche kommunistische „Verfassungsfeinde“ vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten. Am weitesten ging auch hier die West-Berliner NOFU, welche zwischen 1974 und 1980 auf „Schwarzen Listen“ (diese Bezeichnung wurde ihnen freilich von „linken“ Gegnern verliehen) die Namen derer zusammentrug, die ihrer Meinung nach unter den Radikalenerlass zu fallen hatten. Die letzte und mit Abstand umfangreichste dieser Listen führte 1980 über 1700 Personen auf. Da die NOFU dabei nur öffentliche Wahlvorschläge linker Hochschulbündnisse zusammentrug, war dieses Vorgehen durchaus legal, führte aber dennoch zum endgültigen Bruch zwischen „Gemäßigten“ und BFW-Professoren. Obwohl sich selbst der BFW-Bundesvorstand vorsichtig von dieser NOFU-Aktion distanzierte, war der Imageschaden nachhaltig verheerend. Bis heute werden die BFW-Professoren im Gedächtnis vieler ihrer akademischen Zeitgenossen vor allem als eifernde „kalte Krieger“ erinnert.

„Die erfolgreichste Lobbyisten-Vereinigung neben dem Bauernverband“

Lässt sich das Wirken des BFW *innerhalb* der Hochschulen also durchaus als Geschichte eines Scheiterns schreiben, ergibt sich jedoch ein anderes Bild, wenn man die Einflussnahme des BFW auf den hochschulpolitischen Diskurs *außerhalb* der Hochschulen betrachtet. Als führende programmatische Köpfe des BFW fanden vor allem Wilhelm Hennis, Hermann Lübke und Richard Löwenthal in Medien und parlamentarischen Anhörungen Gehör und stießen oftmals auch auf positive Resonanz. Erkennbar waren sie darum bemüht, den Eindruck zu zerstreuen, der BFW sei gegen jede Reform und wolle einfach nur zurück zur alten Ordinarienuniversität. Vor allem der Hauptkritikpunkt des BFW an den in vielen Bundesländern nach 1968 beschlossenen Hochschulreformgesetzen wurde in den frühen siebziger Jahren immer öfter parteiübergreifend (wenn auch nicht auf den, bildungspolitisch besonders aktiven, linken Flügeln von SPD und FDP) geteilt: die Kritik an der so genannten drittelparitätischen Mitbestimmung, welche – gemäß dem zeitgenössischen Paradigma der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche - den studentischen Vertretern in den deutlich gestärkten Selbstverwaltungsgremien der neuen „Gruppenuniversität“ zwar nicht direkt die Gleichstellung mit den anderen Gruppen von Mittelbau und Professorenschaft einbrachte (denn rechnerisch handelte es sich nur in den wenigsten Fällen um eine „echte“ Drittelparität), aber doch erstmals die Majorität der Professorenschaft selbst bei zentralen Fragen von Forschung und Lehre aufbrach. Nicht nur aus Sicht des BFW war das eine realitätsferne Gleichstellung von Lehrenden und Lernenden, die dazu führte, dass Studenten über ihre eigenen Prüfungsordnungen mitbestimmten, aber auch auf Promotions- und Habilitationsverfahren, ja selbst auf Berufungen Einfluss nahmen. Dass besonders der MSB Spartakus die Obst-

ruktion universitärer Selbstverwaltungsgremien nutzte, um eine marxistische „Gegenuniversität“ zu etablieren, wurde auch außerhalb des Bundes mit Sorge beobachtet und führte am West-Berliner OSI sogar über mehrere Semester zu einem Prüfungstreik zahlreicher Ordentlicher Professoren.

Ebenso wandte sich der BFW aber auch gegen eine Übertragung der Dienstherren-Eigenschaft von der staatlichen Kultusbürokratie auf die Universitätspräsidenten und stellte sich damit auch gegen die Vorstellung einer vollständigen Autonomie der Hochschule vom Staat, wie sie zumindest das Ideal der alten Ordinarienuniversität gewesen war. Offensiv argumentierten die BFW-Professoren zudem mit dem Begriff „Leistung“ als Distinktionskriterium und bezogen so Stellung gegen den zeitgenössischen Trend zur Egalisierung (etwa in Form kollektiver Leistungsnachweise in Seminaren und Prüfungen). Mit Forderungen nach individuellen Hochschulzugangsprüfungen und nach darlehensbezogenen Studiengebühren griffen sie zudem früh Themen auf, welche den hochschulpolitischen Kurs bis in die Gegenwart maßgeblich beeinflussen.

Die seit den frühen siebziger Jahren latent spürbare hochschulpolitische „Tendenzwende“ wurde manifest, als am 29. Mai 1973 das Bundesverfassungsgericht das niedersächsische Vorschaltgesetz zur Hochschulreform kassierte. Zwar erklärten die Karlsruher Richter die Gruppenuniversität grundsätzlich für verfassungskonform, schrieben jedoch in allen Fragen von Forschung und Lehre eine Majorität der Hochschullehrer fest. In der Folge des Urteils mussten die meisten westdeutschen Landeshochschulgesetze und der Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz des Bundes umgeschrieben werden. Für zeitgenössische Beobachter stand der Einfluss des BFW auf diese bildungspolitische „Tendenzwende“ außer Frage. Die „Frankfurter Rundschau“ titulierte den BFW 1972 als die „erfolgreichste Lobbyistenvereinigung neben dem Bauernverband“.⁷

Die schulpolitischen Aktivitäten, die der BFW seit 1972 vermehrt entfaltete, folgten wohl auch der Erkenntnis, dass sich hier leichter als an den Hochschulen Bündnispartner gewinnen ließen. Die BFW-Professoren Hermann Lübke und Thomas Nipperdey unterstützten den Hessischen Elternverein mit Gutachten im Kampf gegen die Hessischen Unterrichtsrahmenrichtlinien für die Fächer Deutsch und Gesellschaftslehre. 1976 wählte der BFW den Präsidenten des konservativen Deutschen Lehrerverbandes, Clemens Christians, zu einem seiner Vorsitzenden und rezensierte fortan in seiner Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“ auch Schulbücher. Clemens Christians und die BFW-Professoren Hermann Lübke, Alexander Schwan, Friedrich Tenbruck und Michael Zöller gehörten auch zum Vorbereitungskreis des programmatisch betitelten Kongresses „Mut zur Erziehung“ im Januar 1978, der zeitgenössisch als „Tendenzwende“ in der Pädagogik betrachtet wurde. Im gleichen Jahr schließlich war der BFW einer der Träger – nebst CDU, Philologenverband und diversen Elterninitiativen – des erfolgreichen Volksbegehrens gegen die Einführung der „Koop-Schule“ (einer

7 Zit. nach Rüegg, 20 Jahre Bund Freiheit der Wissenschaft, S. 10.

Art kooperativer Gesamtschule mit integrierter Orientierungsstufe) in Nordrhein-Westfalen.

Auf dem Feld der Schulpolitik fand der BFW gewissermaßen Anschluss an die aufkeimende Welt der Bürgerinitiativen. Die Teilerfolge, die er dabei im Aufbau von Meinungsführerschaft erzielte, bezahlte er allerdings mit einer deutlichen Verengung seines eigenen Meinungsspektrums und einer faktischen Aufgabe der ursprünglich angestrebten parteipolitischen Heterogenität. Vor allem in der Schulpolitik vertrat er Ende der siebziger Jahre eindeutig konservative Positionen. Als mit Richard Löwenthal 1978 der profilierteste Sozialdemokrat aus dem BFW austrat, da dieser sich zu einer „bildungspolitischen Frontorganisation der CDU/CSU“ entwickelt habe, wurde das allgemein als ein Signal verstanden.

Was ist ein „Liberalkonservativer“?

Doch Richard Löwenthal war als Angehöriger des Jahrgangs 1908 sowie als Ex-Kommunist und Remigrant ohnehin ein untypischer Vertreter des BFW. Die Angehörigen der „45er“-Generation jedoch, welche den BFW prägten, gingen in den siebziger Jahren eher den umgekehrten Weg. Wilhelm Hennis (Jahrgang 1923), Hermann Lübke (Jahrgang 1926), Thomas Nipperdey (Jahrgang 1927), Erwin K. Scheuch (Jahrgang 1928) und Alexander Schwan (Jahrgang 1931) entfremdeten sich während ihrer aktiven Zeit im BFW von der Sozialdemokratie und näherten sich politisch und intellektuell dem demokratischen Konservatismus an. Wilhelm Hennis etwa trat bereits 1970/71 von der SPD zur CDU über und beriet seine neue Partei fortan als Mitglied ihrer Grundsatzkommission und in ihrem Beirat für Hochschul- und Forschungspolitik (ehe er nach einigen Jahren im Streit mit Helmut Kohl wieder ging). Alexander Schwan verließ die SPD erst im November 1978 – im selben Monat, in dem er erstmals in den BFW-Bundesvorstand gewählt wurde –, gründete dann aber sogleich eine Wählerinitiative für den West-Berliner CDU-Kandidaten Richard von Weizsäcker. So kann der BFW nicht nur als ein Motor konkreter Umschwünge in der Bildungspolitik betrachtet werden, sondern auch als ein Medium der „Tendenzwende“ auf dem Gebiet der politisch-kulturellen Mentalität.

Hermann Lübke beschrieb den neuen politisch-intellektuellen Standort, den er und Gleichgesinnte in der „Tendenzwende“ einnahmen, als „liberalkonservativ“. Was genau darunter zu verstehen war, fiel Zeitgenossen schon ebenso schwer zu entschlüsseln wie heute der ideengeschichtlichen Forschung.⁸ Versucht man den „Liberalkonservatismus“ über die Abgrenzung von anderen politisch-intellektuellen Strömungen der alten Bundesrepublik zu profilieren, so lässt sich vorläufig Folgendes festhalten: In scharfer Kritik an Gesellschaftsutopien der „Neuen Linken“ und der Vorstellung von „Demokratisierung als permanentem Prozess“ betonten die „Liberalkonservativen“ den Wert stabiler Institutionen und

⁸ Siehe hierzu weiterführend Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.

fester Ordnungsvorstellungen. Gegen einen vermeintlichen Werteverlust würdigten sie ostentativ „Sekundärtugenden“ wie Fleiß und Leistungsbereitschaft und wollten zudem bürgerliche Traditionsbestände, wie etwa das Gymnasium, bewahrt sehen. Im Gegensatz jedoch zum antidemokratischen Konservatismus vor 1945, aber auch zum christlich-abendländischen Konservatismus der Adenauer-Ära und zu neuen Ausformungen des Rechtskonservatismus in den siebziger Jahren, war das Weltbild der „Liberalconservativen“ fest in der pluralistischen Demokratie und in der politischen Kultur des Westens verankert. „Kirche“ und „Nation“, die festen Signets des Altkonservatismus, waren für die meisten „Liberalconservativen“ als gesellschaftliche Bezugsgrößen nur noch von sekundärer Bedeutung. Zu unterscheiden waren die bundesrepublikanischen „Liberalconservativen“ aber auch von dem zur gleichen Zeit vor allem in Großbritannien und den USA aufkommenden „neoconservatism“. Anders als bei den angelsächsischen „Neocons“ spielte in ihren Gedankengängen „Wirtschaft“ fast gar keine, der „Staat“ aber nach wie vor eine sehr große Rolle – auch und gerade als gesellschaftspolitischer Akteur etwa auf dem Gebiet der Bildung.

Die siebziger Jahre waren wohl die erste Phase in der Geschichte der Bundesrepublik, in der eine solche Position parteipolitisch eher zur CDU als zur SPD führte. Dies verweist zum einen auf die Transformation der SPD, in der in den siebziger Jahren die „Neue Linke“ intellektuell zunehmend tonangebend wurde. Zum anderen durchlief in den siebziger Jahren aber auch die CDU eine Transformationsphase, in deren Verlauf sich ihr äußeres Erscheinungsbild modernisierte und ihr inneres Meinungsspektrum deutlich pluralisierte und in der Tendenz auch liberalisierte. Vor allem der 1973 neu gewählte Parteivorsitzende Helmut Kohl und sein Generalsekretär Kurt Biedenkopf (ein „45er“-Professor) umwarben in ihren ersten Amtsjahren gezielt „liberalconservative“ Intellektuelle. Zeitgenossen war es freilich kaum möglich, die zahlreichen Schattierungen des Konservatismus der siebziger Jahre auseinander zuhalten. Zwar gab es durchaus Alt- und Rechtskonservative, die sich wie Armin Mohler heftig dagegen wehrten, mit jenen „verschreckten Liberalen“ verwechselt zu werden, die jetzt vor dem Feuer flüchteten, von dem sie noch nicht einmal begriffen hätten, dass sie es selbst gelegt hätten. Doch publizierte Mohler sein Verdikt gegen die „Kerenskis der Kulturrevolution“ in der Zeitschrift „Criterion“ – und damit just in jenem Organ konservativ-intellektueller Auseinandersetzung, in dem auch Lübke und andere „Liberalconservative“ publizierten. Oder etwa das von Hans Filbinger und Günter Rohrmoser 1979 gegründete Studienzentrum Weikersheim: zu Recht galt (und gilt) es als rechtskonservative Denkschmiede mit fließenden Übergängen zum rechtsextremen Spektrum. Dennoch war der „liberalconservative“ Alexander Schwan hier in den frühen achtziger Jahren regelmäßig Gast – und traf dabei unter anderem auf den jungen SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Schröder und den (damals irrtümlich noch als „links“ geltenden) ehemaligen RAF-Terroristen Horst Mahler.

Angesichts dessen verwundert es wenig, dass sich Intellektuelle und Publizisten des „linken“ Lagers oftmals die Mühe des genauen Unterscheidens sparten und

alle Vertreter der neuen Konservatismen gleichermaßen als „Reaktionäre“ abstempelten. Dass umgekehrt der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ bei der Beurteilung seiner „Gegner“ gesteigerten Wert auf Differenzierung legte, wird freilich auch niemand behaupten. Die politisch-ideologische Spaltung der westdeutschen Intellektuellen und insbesondere der „45er“-Generation wurde so jedoch ständig perpetuiert. Noch der „Historikerstreit“ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verlief entlang jener Fronten, die 1970 mit der Gründung des BFW erstmals manifest geworden waren. Erst heute, nachdem die „45er“-Professoren längst die Pensionsgrenze überschritten haben und immer mehr „68er“ mit Entdeckerstolz ihre „bürgerlichen Wurzeln“ wieder (er)finden, eröffnet sich der zeithistorischen Forschung die Möglichkeit und Chance, zu einer ausgewogeneren Darstellung der siebziger Jahre und ihrer weltanschaulichen Kämpfe zu gelangen.